Wirtschaft

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **23 (1931)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ihrer Invalidität völlig Rechnung tragende Rente zuerkannt worden ist, geltend machen, die Verminderung ihrer Erwerbsunfähigkeit sei grösser als bei der Rentenfestsetzung angenommen worden sei. Dem Unfall wird dabei in der Regel ein Verdienstausfall zur Last gelegt, der seine Ursache in Wirklichkeit im Arbeitsmangel hat. Andere Versicherte, deren Rente wegen Besserung ihres Zustandes einer Revision unterzogen worden ist, werden durch die Verdienstlosigkeit dazu angetrieben, sich gegen die Herabsetzung der Rente nach Möglichkeit zu sperren. Die Haltung dieser Versicherten ist angesichts ihrer schwierigen Lage meistens menschlich zu begreifen. Die Anstaltsleitung darf aber doch nicht übersehen, dass damit an die Anstalt das Ansinnen gestellt wird, in weitgehendem Masse für Verhältnisse aufzukommen, die nicht Unfallsfolgen sind. Sie hat den arbeitslosen Rentenbezügern jeweilen dasjenige Entgegenkommen gezeigt, das sie glaubte verantworten zu können. In vielen Fällen hat sie aber damit die fraglichen Ansprecher nicht zufriedenzustellen vermocht.»

Wirtschaft.

Die Konjunktur im zweiten Vierteljahr 1931.

Die letzten Wochen haben eine politische Vertrauenskrise von gewaltigem Ausmass gebracht. Dadurch ist die Stabilisierung, die sich langsam anzubahnen schien, wieder verunmöglicht worden. Die Börsen haben bereits reagiert mit einer neuen Baisse, und es ist nicht ausgeschlossen, dass auch die Warenmärkte erneut in Mitleidenschaft gezogen werden. Auf jeden Fall wird der internationale Kapitalverkehr, der ja schon lang unter Störungen leidet, noch mehr gehemmt. Als Folge dürfte sich eine weitere Verschärfung der Krise für die an Kapitalmangel leidenden Länder ergeben; und die andern Länder bekommen die Wirkungen in Form von Absatzstockungen zu spüren.

Der Ausgangspunkt dieser Krise ist der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt. (Im Hintergrund steht das politische Manöver mit der Zollunion, das Deutschland und Oesterreich sehr teuer zu stehen kommt.) Das Misstrauen übertrug sich auf Deutschland, wo im Zusammenhang mit dem Krach des Bremer Wollkonzerns die Darmstädter und Nationalbank, die zweitgrösste Bank Deutschlands, die Zahlungen einstellen musste. Jetzt war der Ansturm nicht mehr zu halten; auch die Garantie des Staates gegenüber den Gläubigern der Danatbank nützte nichts. Nur ein allgemeines Bankenmoratorium konnte andere deutsche Banken vor dem gleichen Schicksal bewahren. — Diese Ereignisse sind nicht zufällig. Die tiefere Ursache liegt in einer krassen Verletzung der primitivsten Grundsätze der Liquidität bei der Kreditgewährung an Mitteleuropa. Deutschland braucht langfristiges Kapital zur Finanzierung seiner Industrie. Es erhält aber nur kurzfristige Kredite, die von den englischen, amerikanischen, schweizerischen, holländischen Grossbanken den deutschen Grossbanken gewährt werden. Diese müssen aber die Mittel in dauernden Engagements bei Industrieunternehmungen festlegen und können daher die Kredite, wenn sie gekündigt werden, nicht zurückzahlen.

Auch für die Schweiz ergibt sich aus diesen internationalen Ereignissen eine Verschärfung der Lage, indem der Export wie auch der Fremdenverkehr in Mitleidenschaft gezogen werden.

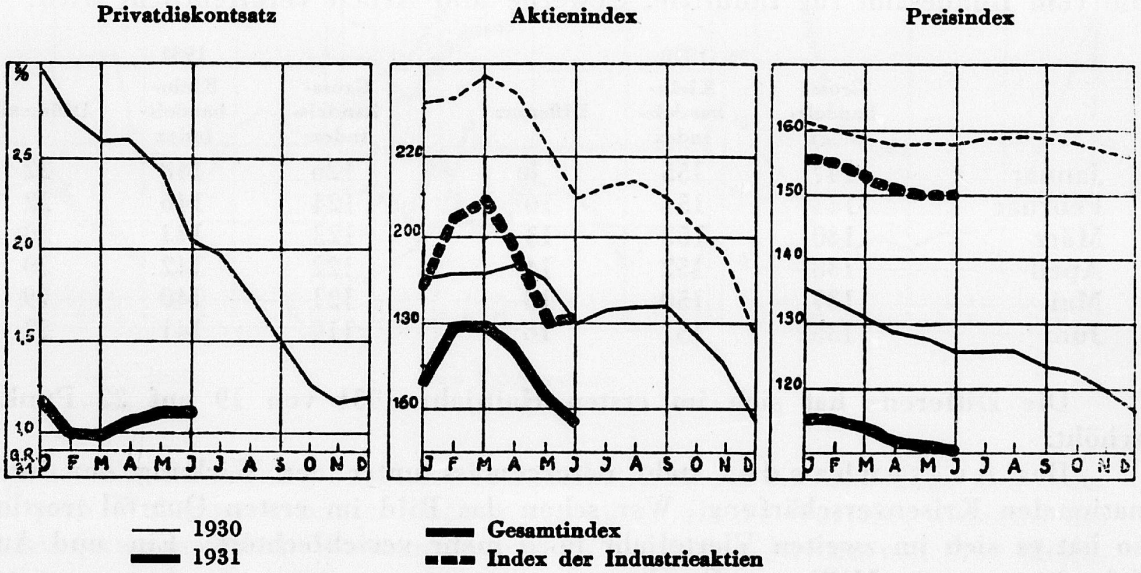
Der Kapitalmarkt war in den letzten Monaten wenig verändert. Es herrscht grösste Flüssigkeit. Allerdings hat die Vertrauenskrise in manchen ausländischen Staaten zu einer plötzlichen Verknappung des Kredits und der Zahlungsmittel geführt. In Deutschland wurde der Diskontsatz der Reichsbank nacheinander von 5 auf 7 und 10 Prozent erhöht. Andere Länder Mittel-

europas folgten; und selbst England musste seinen Satz von 2½ auf 3½ Prozent erhöhen, um den Goldabfluss zu stoppen. Das hat in den letzten Wochen auch bei uns eine leichte Verteuerung des Kredits verursacht, die nicht etwa auf Kapitalmangel zurückzuführen ist, sondern auf die allgemeine Zurückhaltung und das herrschende Misstrauen.

Die Aktienkurse sind durch die internationalen Erschütterungen am schwersten beeinträchtigt worden. Der Index der Schweizerischen Nationalbank betrug:

	Index von 107 Aktien			Index von 26 Industrieaktien		
	1929	1930	1931	1929	1930	1931
Januar	211,6	190,5	165,0	254,1	231,6	188,3
April	195,5	193,9	175,3	231,3	234,4	199,5
Mai	197,3	189,7	163,5	235,7	223,2	179,8
Juni	199,8	179,6	161,1	245,8	209,3	180,7

Schon im Juni sanken die Kurse auf den Tiefstand, der zu Beginn des Jahres verzeichnet wurde, zurück. Im Juli wurden auch diese Kurse noch unterschritten. Da fast keine Nachfrage mehr da ist, erfolgten bei jeder Lösung von grössern Positionen neue Kursrückgänge.



Das Preisniveau bleibt in rückläufiger Bewegung, wenn auch in etwas langsamerem Tempo. Die Befestigung, die sich auf dem Rohstoffmarkt bemerkbar gemacht hatte, wurde durch die politische Beunruhigung ebenfalls wieder zerstört. Der schweizerische Grosshandelsindex stand Ende Juni auf 110,4 (Juni 1914 = 100). Er ist seit März um 4, seit Dezember 1930 um 7 Punkte zurückgegangen. Der Rückgang ist vorwiegend der weitern Baisse der Rohstoffe und Nahrungsmittel zuzuschreiben. Der Index der Lebenshaltungskosten betrug :

Juni 1914 = 100 1931	Nahrungsmittel	Brenn- und Leuchtstoffe	Bekleidung	Miete	Totalindex
Januar	148	131	155	185	156
April	142	129	145	185	151
Mai	141	128	145	187	150
Juni	141	127	145	187	150

Der Gesamtindex ging im April nochmals um zwei Punkte und auf Mai um einen Punkt zurück, während er im Juni gleich blieb. Im Mai wurde

der Rückgang der Preise gebremst durch den Mietindex. Man war gespannt auf das Ergebnis der diesjährigen Berechnung der Mietpreise. Man glaubte vielfach, die Steigerung werde endlich zum Stoppen kommen. Es wurde aber eine nochmalige Erhöhung festgestellt, allerdings nur um zwei Punkte. Der Mietpreisindex in den Großstädten betrug (Juni 1914 = 100):

Gemeinden	Alte Wohnungen, vor 1917 erstellt		Alte und neue Wohnungen	
	Mai 1930	Mai 1931	Mai 1930	Mai 1931
Basel	188	190	199	202
Bern	187	187	195	198
Genf (Aggl.)	172	177	187	193
Zürich	201	203	206	207
Durchschnitt der Großstädte	189	191	198	201
Gesamtdurchschnitt d. Landes	176	178	185	187

Während der Grosshandelsindex weiter sank, ist der Index der Kleinhandelspreise stehen geblieben. Die bisher schon grosse Preisspanne hat sich neuerdings erhöht. Das geht auch hervor aus der Gegenüberstellung des Gross- und Kleinhandelsindex vergleichbarer Nahrungsmittelpreise, die vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit veröffentlicht wird:

	1930			1931		
	Grosshandelsindex	Kleinhandelsindex	Differenz	Grosshandelsindex	Kleinhandelsindex	Differenz
Januar	147	155	8	126	148	22
Februar	144	154	10	124	146	22
März	140	153	13	123	143	20
April	138	152	14	122	142	20
Mai	137	150	13	121	140	19
Juni	135	151	16	119	141	22

Die Differenz hat sich im ersten Halbjahr 1931 von 19 auf 22 Punkte erhöht.

Der Aussenhandel steht naturgemäss unter der Wirkung der internationalen Krisenverschärfung. War schon das Bild im ersten Quartal trostlos, so hat es sich im zweiten Vierteljahr noch mehr verschlechtert. Ein- und Ausfuhr betrugen in Millionen Franken:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1930	1931	Differenz	1930	1931	Differenz
1. Quartal	640,6	547,7	—.92,9	462,4	362,7	— 99,7
2. »	645,5	561,1	— 84,4	461,3	347,1	— 114,2

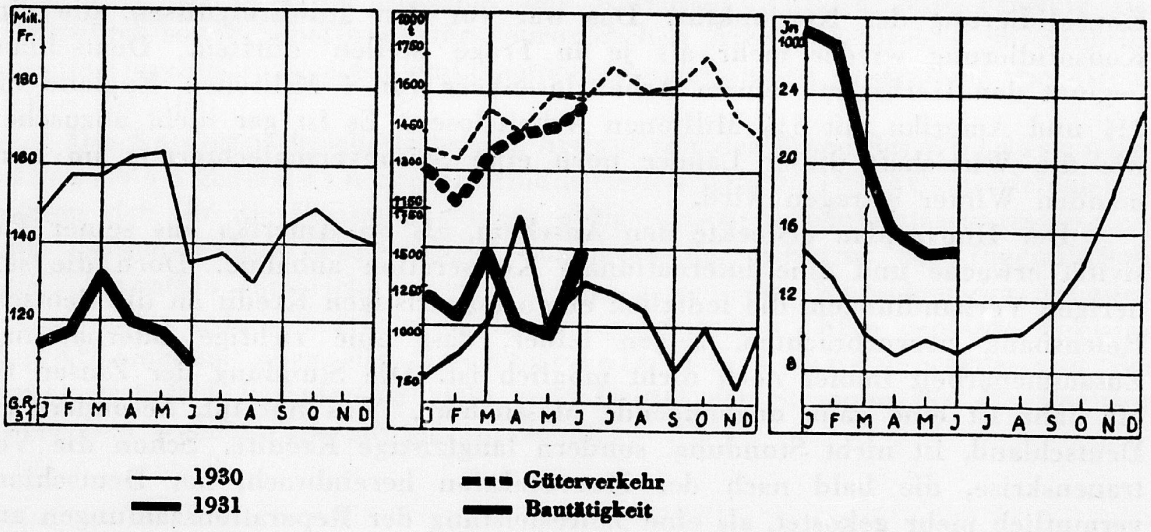
Die Verminderung der Einfuhr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres war im 2. Quartal um 8 Millionen kleiner als im ersten, der Exportausfall ist um 25 Millionen gestiegen. Im ersten Halbjahr 1931 war die Ausfuhr der Schweiz um 213,9 Millionen oder 23 Prozent kleiner als im ersten Semester 1930.

Die Ausfuhr der einzelnen Industriezweige betrug im zweiten Vierteljahr in Millionen Franken:

	1930	1931		1930	1931
Baumwollgarne	10,1	6,4	Schuhwaren	8,6	5,8
Baumwollgewebe	19,6	18,3	Aluminium und -waren	12,9	9,8
Stickereien	16,3	13,4	Maschinen	59,8	41,1
Schappe	6,5	5,9	Uhren	58,9	31,1

	1930	1931		1930	1931
Seidenstoffe	40,5	23,8	Instrumente und Apparate	17,0	12,7
Seidenbänder	3,9	2,8	Parfüm, Drogeriewaren .	13,0	10,7
Wollwaren	9,6	8,5	Teerfarben	15,8	15,7
Wirk- und Strickwaren .	5,6	3,8	Schokolade	5,8	4,5
Kunstseide	10,0	11,5	Kondensmilch	9,7	7,6
Strohwaren	11,8	8,5	Käse	25,0	20,0

Die Monate April bis Juni 1931 brachten gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres für alle Warengruppen eine Abnahme des Exportes mit einziger Ausnahme der Kunstseide. Der Rückgang ist sehr gross bei Seidenstoffen, Uhren, Maschinen; auch die Ausfuhr von Schuhen und Aluminium nahm beträchtlich ab. Gegenüber dem ersten Quartal 1931 ist namentlich der Export von Strohwaren und Schuhen stark gesunken, während der von Stickerei etwas zugenommen hat.



Was die Inlandproduktion anbetrifft, so ist die Zahl der baubewilligten Wohnungen immer noch etwas höher als im Vorjahr, während die Zahl der fertig erstellten Wohnungen ungefähr auf dem Niveau von 1930 bleibt. Der Güterverkehr der SBB war in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 8 Prozent niedriger als 1930. Der Personenverkehr konnte sich bis jetzt behaupten.

Während der Arbeitsmarkt normalerweise bis und mit Juni eine saisonmässige Entlastung erfuhr, hat diesmal schon die Jahresmitte ein leichtes Ansteigen der Zahl der Stellensuchenden gebracht. Daraus geht hervor, dass eine konjunkturelle Verschlechterung eingetreten ist, wenn auch noch in geringem Ausmass. Die Zahl der Stellensuchenden betrug:

	1928	1929	1930	1931
Januar	14,212	16,284	14,846	27,316
April	6,910	5,382	8,791	16,036
Mai	6,410	5,049	9,545	14,365
Juni	5,378	4,399	9,002	14,433

Auch die Teilarbeitslosigkeit ist nach den Meldungen der Arbeitslosenkassen nicht zurückgegangen. Diese Kassen weisen auf einen Mitgliederbestand von 336,000 rund 34,000, also 10 Prozent Teilarbeitslose, aus. Die Gesamtzahl der Teilarbeitslosen dürfte somit auch jetzt mindestens 40,000 betragen. Spe-

ziell in der Uhrenindustrie ist noch gar keine spürbare Erleichterung eingetreten.

Die grössten Arbeitslosenzahlen waren in folgenden Berufsgruppen zu verzeichnen:

	Zahl der Stellensuchenden Ende Juni 1930	1931	Veränderung gegenüber Juni 1930
Uhren und Bijouterie	2496	4752	+2256
Textilindustrie	1488	2032	+ 544
Metall-, Maschinen- u. elektrotechn. Industrie	634	1500	+ 866
Handlanger und Taglöhner	896	1200	+ 304
Baugewerbe	746	912	+ 166

Die Aussichten bleiben schlecht. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung stellte in seinem Bericht von Anfang Juni fest, dass sich der Konjunkturrückgang auf breiterer Front, aber in langsamerem Tempo, fortgesetzt habe und dass besonders im europäischen Wirtschaftsgebiet eine Krisenverschärfung eingetreten sei. Es vermutet jedoch eine Annäherung an eine Konsolidierung der Konjunktur. Das war vor den Juli-Ereignissen, die eine Konsolidierung wieder mehr als je in Frage stellen dürften. Deutschland beginnt den Herbst mit einem Arbeitslosenheer von 4 Millionen, England mit 2½ und Amerika mit 6½ Millionen Arbeitslosen. Es ist gar nicht abzusehen, wie die Wirtschaft dieser Länder noch eine Saisonverschlechterung im kommenden Winter ertragen wird.

Der Hooverplan erweckte den Anschein, als ob Amerika aus seiner Passivität erwache und eine internationale Kooperation anbahne. Doch die seitherigen Verhandlungen, die lediglich einen kurzfristigen Kredit an die deutsche Reichsbank hervorbrachten, zeigen leider, dass eine richtige internationale Zusammenarbeit immer noch nicht möglich ist. Die Stundung der Zinsen für ein Jahr ist eine ganz ungenügende Massnahme. Was not tut, besonders für Deutschland, ist nicht Stundung, sondern langfristige Kredite. Schon die Vertrauenskrise, die bald nach der Hooveraktion hereinbrach, hat Deutschland vermutlich mehr gekostet, als eine Jahresleistung der Reparationszahlungen ausmacht. Ob die nächsten Monate doch noch zu einer Lösung dieses für die Weltwirtschaft ausserordentlich wichtigen Problems führen, ist gegenwärtig noch fraglich.

Für die Schweiz ergibt sich ebenfalls ein düsteres Bild. Sie muss für ihren Export, der bereits schon stark dezimiert ist, weiter fürchten, da die ausländischen Märkte verarmen, und da sich in Deutschland und anderswo die Tendenzen zur Selbstversorgung verstärken. Dazu kommt noch, dass der Fremdenverkehr zu den bisherigen Einwirkungen der Krise noch durch launisches Wetter und vor allem durch die prohibitive Ausreisegebühr in Deutschland schwer betroffen wird. Die Lage für die Inlandindustrie ist immer noch recht befriedigend; wie lange das so bleibt, hängt nicht zuletzt von der Lohnpolitik der Unternehmer ab.

Sozialpolitik.

XV. Internationale Arbeitskonferenz.

Die wichtigsten Fragen, die an der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz zur Behandlung kamen, betrafen die Arbeitszeit in den Kohlengruben und die Arbeitslosigkeit. Die Verhandlungen über die Arbeitszeit in den Kohlengruben gestalteten sich äusserst hartnäckig, da die